

Stand: 29.04.2024 16:05:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/17124

"Mietwucher des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration bei Unterkunftsgebühren für Geflüchtete - Bereicherung auf Kosten der Geflüchteten, der Kommunen und des Bundes rückgängig machen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/17124 vom 09.07.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/17952 des VF vom 28.09.2021
3. Beschluss des Plenums 18/18285 vom 14.10.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 93 vom 14.10.2021



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Stefan Schuster, Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Mietwucher des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration bei Unterakunftsgebühren für Geflüchtete – Bereicherung auf Kosten der Geflüchteten, der Kommunen und des Bundes rückgängig machen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird nach den Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) vom 14. April 2021 (Az.: 12 N 20.2529), der die Unterakunftsgebühren für Geflüchtete in § 23 Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl) erneut für unwirksam und als unvereinbar mit Art. 3 Grundgesetz (GG) erklärte, sowie vom 16. Mai 2018 (Az.: 12 N 18.9) aufgefördert,

1. sowohl nicht bestandskräftige als auch bestandskräftige Bescheide, die auf Grundlage der vom VGH für unwirksam erklärten Gebührenregelung in § 23 DVAsyl ergingen, aufzuheben, etwaige Vollstreckungsmaßnahmen unmittelbar einzustellen und den Geflüchteten das zu Unrecht zu viel bezahlte Geld unverzüglich zurückzuerstatten,
2. soweit die Geflüchteten als Gebührenschuldner eine Schuldbefreiung durch die Jobcenter erfahren haben, auch den Jobcentern das zu Unrecht zu viel bezahlte Geld, bei dem es sich sowohl um kommunale als auch um Bundesgelder handelt, unverzüglich zurückzuerstatten.

Begründung:

Wie bereits in unserem Antrag: „Mietwucher des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration bei Unterakunftsgebühren für Geflüchtete – rechtskonforme Gebührenverordnung jetzt!“ (Drs. 18/16701) ausgeführt, hat der VGH mit Beschluss vom 14. April 2021 (Az.: 12 N 20.2529) die Unterakunftsgebühren für Geflüchtete in § 23 DVAsyl erneut für unwirksam erklärt und sie als unvereinbar mit Art. 3 GG bezeichnet.

In jenem Antrag haben wir u. a. bereits eine neue – rechtskonforme – Gebührenverordnung von der Staatsregierung und eine Entlastung der Geflüchteten gefordert. Der Antrag ist jedoch aus nicht nachvollziehbaren Gründen im Rechtsausschuss abgelehnt worden.

Durch die völlig überhöhten Unterakunftsgebühren ist nicht nur den Geflüchteten ein (erheblicher) finanzieller Schaden entstanden, sondern auch den Jobcentern, insofern also auch den Kommunen und dem Bund. Insofern fordern wir nun, dass sowohl nicht bestandskräftige als auch bestandskräftige Bescheide, die auf Grundlage der vom VGH für unwirksam erklärten Gebührenregelung in § 23 DVAsyl ergingen, aufzuheben, etwaige Vollstreckungsmaßnahmen unmittelbar einzustellen und den Geflüchteten das zu Unrecht zu viel bezahlte Geld unverzüglich zurückzuerstatten ist. Weiter fordern wir,

dass, soweit die Geflüchteten als Gebührenschuldner eine Schuldbefreiung durch die Jobcenter erfahren haben, auch den Jobcentern das zu Unrecht zu viel bezahlte Geld, bei dem es sich eben sowohl um kommunale als auch um Bundesgelder handelt, unverzüglich zurückerstattet wird.

I.

Die Aufhebung der (noch) nicht bestandskräftigen Bescheiden gegenüber den Geflüchteten ist problemlos möglich. Aber auch bestandskräftige Bescheide können von der erlassenden Behörde aufgehoben werden. Der VGH führt dazu in seinem Beschluss vom 14. April 2021 zutreffend aus und erklärt unmissverständlich, dass hier eine Ermessensreduzierung auf Null anzunehmen sein dürfte. Wörtlich stellt der VGH in den Rn. 79/80 fest:

„Unter dem Gesichtspunkt der Ermessensreduzierung auf Null kann sich dabei zugleich ein Anspruch des Einzelnen auf Aufhebung bzw. Anpassung des Gebührenbescheides ergeben, wenn dessen Aufrechterhaltung schlechthin unerträglich wäre oder die näheren Umstände ergeben, dass sich eine Berufung der Behörde auf die Unanfechtbarkeit als Verstoß gegen die guten Sitten oder den Grundsatz von Treu und Glauben erwiese (vgl. Sachs, in: Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, 9. Aufl. 2018, § 51 Rn. 19 m. w. N.).

Letzteres dürfte vorliegend anzunehmen sein, denn von anerkannten weitgehend mittellosen Flüchtlingen entgegen den Anforderungen des Sozialstaatsgebots (Art. 20 Abs. 1 GG) unter Verstoß gegen das Äquivalenzprinzip (Art. 21 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 Kostengesetz – KG), den Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) und die Diskriminierungsverbote (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 1 GG) widerrechtlich erhobene Gebühren nicht zurückzuerstatten, müsste – nach inzwischen zweimaligem vergeblichen Anlauf, eine rechtsgültige Gebührenverordnung ins Werk zu setzen – das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden in grober Weise verletzen. Der Antragsgegner wird deshalb – nach einer entsprechenden Neufestsetzung – auch bereits ergangene bestandskräftige Bescheide entsprechend anpassen müssen, soweit die Gebührenschuldner keine Schuldbefreiung durch das Jobcenter erfahren haben.“ (Hervorhebungen durch den Verfasser).

Der VGH lässt demnach also keinen Zweifel, dass die Geflüchteten einen Anspruch auf Rückerstattung haben, selbst wenn Bescheide bereits bestandskräftig sind.

II.

Soweit die Geflüchteten als Gebührenschuldner eine Schuldbefreiung durch die Jobcenter erfahren haben, steht ein solcher Anspruch auf Rückerstattung den Jobcentern und damit also den Kommunen und dem Bund zu. Der Freistaat darf sich weder an den Geflüchteten noch an den Kommunen und dem Bund bereichern.

Wie der VGH schon bereits in seinem Beschluss vom 16. Mai 2018 ausführte, kann dem Fürsorgegedanken für Hilfsbedürftige nicht dadurch Rechnung getragen werden, dass für die Betroffenen im Wege der Geschäftsführung ohne Auftrag Anträge auf Kostenübernahme bei den Jobcentern (§§ 6d, 44b Sozialgesetzbuch Zweites Buch – SGB II) gestellt würden, „mit dem Ziel, dass „seine“ (überhöhten) Unterkunftsgebühren als Kosten der Unterkunft (KdU) im Rahmen des SGB II-Bezugs (§ 22 SGB II) von dort getragen werden (...).“.

Dies insbesondere schon deshalb, weil die geflüchtete Person Gebührenschuldner ist und bleibt. Hielte also bspw. das Jobcenter die geltend gemachten, durch Vorlage des Gebührenbescheides nachgewiesenen tatsächlichen Aufwendungen nicht gem. § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II für angemessen oder würde es an den Anspruchsvoraussetzungen insgesamt fehlen, so bliebe die geflüchtete Person auf der überhöhten Gebührenlast sitzen.

Sofern aber die Jobcenter die Forderung übernehmen, erklärt der VGH mit klaren Worten, dass es sich dabei um einen Versuch des „Griffs in die Kassen des Bundes“ auf dem Rücken der betroffenen Asylberechtigten und Gebührenschuldner handle.

Träger der Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) sind gem. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II grundsätzlich die kreisfreien Städte und Landkreise. Der Bund beteiligt sich dann

gem. § 46 Abs. 5 SGB II zweckgebunden an den Ausgaben für die Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II. Die jeweiligen Länder- und Jahresquoten ergeben sich aus § 46 Abs. 6 ff. SGB II. Für die Jahre 2016 bis 2018 hatten sich die Regierungschefs von Bund und Ländern am 16. Juni 2016 auf eine vollständige Entlastung der Kommunen von den KdU für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte im SGB II durch den Bund verständigt.

Da die für unwirksam erklärten Regelungen bereits im September 2016 in Kraft traten, wurden demnach also sowohl v. a. zunächst dem Bund, aber für den Zeitraum nach 2018 insbesondere auch den Kommunen, weit überhöhte Gebührenrechnungen gestellt.

Eine Bereicherung des Freistaates an Kommunen und Bund ist jedoch ebenso wenig hinnehmbar wie eine Bereicherung an Geflüchteten, sodass auch diese Gelder unmittelbar zurückzuerstatten sind.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter
u.a. SPD
Drs. 18/17124**

**Mietwucher des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration bei
Unterkunftsgebühren für Geflüchtete - Bereicherung auf Kosten der Geflüchte-
ten, der Kommunen und des Bundes rückgängig machen!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Tobias Reiß**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 15. Juli 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 28. September 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Stefan Schuster, Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Drs. 18/17124, 18/17952

Mietwucher des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration bei Unterkunftsgebühren für Geflüchtete – Bereicherung auf Kosten der Geflüchteten, der Kommunen und des Bundes rückgängig machen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über den Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Bayerische Wohnungsbaugesellschaften in der Fläche stärken durch sofortige Liquidation der BayernHeim GmbH" auf Drucksache 18/16226 gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP und die AfD. Gegenstimmen! – Das sind die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER und die SPD. Enthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die beiden Verfassungsstreitigkeiten und die verbleibenden Anträge. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- | | |
|--------|--|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

Verfassungstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. Juli 2021 (Vf. 42-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 47 Abs. 1 und 3 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 414, 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom 6. Juli 2021 (GVBl. S. ?) geändert worden ist

PII-G1310.21-0015

Drs. 18/18060 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren:
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. August 2021 (Vf. 47-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 60 a des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 418) geändert worden ist

PII-G1310.21-0016
Drs. 18/18082 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

Anträge

3. Antrag des Abgeordneten Christoph Maier AfD
Keine Verlagerung des Verwaltungsgerichts Regensburg nach Freyung
Drs. 18/7098, 18/17944 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Die Planung zur Verlegung des Verwaltungsgerichtshofs und zur Teilverlegung des Verwaltungsgerichts Regensburg in rechtmäßige Bahnen lenken
Drs. 18/7771, 18/17945 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	Z

5. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Margit Wild, Florian von Brunn u.a. SPD
Energieeffizienzfonds finanziell ausstatten
Drs. 18/14347, 18/18194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Helmut Kaltenhauser u.a. und Fraktion (FDP)
Verlängerung der Nichtbeanstandungsregelung für elektronische Kassensysteme
Drs. 18/14777, 18/18117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	ENTH	A	Z

7. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Finanzielle Beteiligungsmodelle für Kommunen bei Photovoltaikanlagen einführen! Bayern muss Vorreiterrolle übernehmen!
Drs. 18/15391, 18/18193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Keine Vermögensteuer – für eine wachstumsorientierte Steuerpolitik!
Drs. 18/15553, 18/18121 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☐	☐	☒

9. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher u.a. SPD
Schutz für von Gewalt betroffene Frauen sicherstellen:
Notrufe und Fachberatungsstellen in der Pandemie unterstützen
Drs. 18/15807, 18/18145 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

10. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Michael Busch, Florian von Brunn u.a. SPD
Meisterbonus für alle bayerischen Handwerker
Drs. 18/15809, 18/18192 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganser u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderung von Kinderwunschbehandlungen auch für Regenbogenfamilien
Drs. 18/15937, 18/18146 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen I: Bayerisches Gewaltschutzkonzept evaluieren und Landesaktionsplan einsetzen
Drs. 18/15946, 18/18148 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen II: Landesmonitoringstelle zur Beobachtung und Bewertung zur Umsetzung der Istanbul-Konvention
Drs. 18/15947, 18/18149 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen III:
Datensammlung und Forschung vorantreiben
Drs. 18/15948, 18/18150 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen IV:
Weiterentwicklung der landesweiten Koordinierungsstelle
gegen sexualisierte und häusliche Gewalt
Drs. 18/15949, 18/18151 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen V: Gewaltschutzinfrastruktur
in Bayern bedarfsgerecht und flächendeckend gewährleisten
Drs. 18/15950, 18/18152 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen VI:
Digitale Gewalt bekämpfen
Drs. 18/15951, 18/18153 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen VII:
Gewaltschutz im Bildungswesen stärken
Drs. 18/15952, 18/18154 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen VIII:
Kulturwandel aktiv vorantreiben
Drs. 18/15953, 18/18155 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP), Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Christian Flisek, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Nach gescheiterter Verwaltungsgerichtsverlagerung:
Versprechen an Freyung-Grafenau einhalten!
Drs. 18/15976, 18/17946 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

21. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Kindesentführungen ins Ausland: Probleme bei der Durchsetzung des Haager Kindesentführungsübereinkommens (HKÜ) erörtern und betroffene Eltern und ihre Kinder unterstützen
Drs. 18/16178, 18/18156 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

22. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bayerische Wohnungsbaugesellschaften in der Fläche stärken durch sofortige Liquidation der BayernHeim GmbH
Drs. 18/16226, 18/18143 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wohnraumoffensive für den ländlichen Raum
Drs. 18/16230, 18/18098 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

[illegible]

24. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin,
Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Belastungsmoratorium für die Wirtschaft – Bayern entfesseln
Drs. 18/16231, 18/18191 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	ENTH	A	Z

25. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Florian Ritter u.a. SPD
COVID-19-Pandemie: Keine Abschiebungen in Corona-Risikogebiete und autoritäre Staaten!
Drs. 18/16272, 18/17947 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam statt Einsam I –
Aktionsplan und „Gesundheitsregionen Plus“ nutzen
Drs. 18/16291, 18/17858 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam statt Einsam II – Schaffung einer Stelle für eine
Einsamkeitsbeauftragte bzw. einen Einsamkeitsbeauftragten
Drs. 18/16292, 18/18140 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam statt Einsam III – Monitoring zu Einsamkeit
Drs. 18/16293, 18/18141 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beitrag des Wachstumsfonds Bayern zur Transformation der Wirtschaft
Drs. 18/16310, 18/18189 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Forschung zu den Folgen der Pandemie für Kinder und
Jugendliche jetzt initiieren – evidenzbasiert Wege zur
wirkungsvollen Kompensation an Schulen finden
Drs. 18/16384, 18/18165 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

35. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Zentrale Diagnostisch-Pädagogische Hotline (ZDPH) für
Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen durch die Staatliche
Schulberatung in Bayern
Drs. 18/16414, 18/18169 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

36. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Kollateralschäden bei Schülern aller Altersgruppen infolge des coronabedingten Schulalltags
Drs. 18/16415, 18/18170 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

37. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Mogelpackung Arbeitszeitkontenmodell – Besoldung von Grund- und Mittelschullehrern endlich wie versprochen auf A13 und E13 anheben
Drs. 18/16417, 18/18163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

38. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Lehrerabdeckung mit 110 Prozent – Einstellungsoffensive in Bayern starten und eine Lehrerreserve im Schulalltag gewährleisten
Drs. 18/16418, 18/18171 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Franz Bergmüller und Fraktion (AfD)
Zweimalige Wiederholungsmöglichkeit von nichtbestandenen Abschlussprüfungen in allen bayerischen Schularten
Drs. 18/16514, 18/18172 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

40. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Entwicklungspolitik Südafrika II
Drs. 18/16539, 18/18093 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

41. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Forderungen aus der Anhörung zur Lehramtsausbildung umsetzen I: Pädagogisch-didaktisches Orientierungspraktikum für Lehramtsstudenten einführen
Drs. 18/16550, 18/18173 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

42. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Forderungen aus der Anhörung zur Lehramtsausbildung umsetzen II:
„Freiwilliges Soziales Jahr Pädagogik“ (FSJ Pädagogik)
im Freistaat Bayern implementieren
Drs. 18/16551, 18/18174 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD, Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP) Bildung 2030 – gerechter, individueller, sozialer, digitaler!
Drs. 18/16553, 18/18175 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultur

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

47. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Intensivierung der Ausbildung „Fachlehrer für Informatik“ im Rahmen der Digitalisierungsoffensive in allen bayerischen Schularten
Drs. 18/16601, 18/18176 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

48. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild u.a. SPD
Nach ORH-Kritik: Staatsministerium für Unterricht und Kultus muss Förderrichtlinie für IT-Systembetreuer erlassen!
Drs. 18/16607, 18/18177 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

49. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
„Big Data“ bayerischen Unternehmen zugänglicher machen – mit einem Datentreuhänder auf Basis der BIHK
Drs. 18/16670, 18/18182 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

50. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Sachverständigenanhörung „Auswirkungen der Revision des EU-Emissionshandelssystems und des EU-CO₂-Grenzausgleichs auf die bayerische Wirtschaft“
Drs. 18/16674, 18/18185 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

51. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP) Maskenpflicht an Schulen bei allgemein niedriger Infektionsgefahr aussetzen
Drs. 18/16683, 18/18178

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

52. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutz jetzt – Die Leerstellen der Klimapolitik endlich füllen
Drs. 18/16685, 18/18108 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

53. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Soziale Energiepolitik umsetzen – Energiekosten wirksam senken
Drs. 18/16687, 18/18184 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

54. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn u.a. SPD
Tierquälerei stoppen! Für eine Aussetzung des
Lebendtiertransports in Drittstaaten
Drs. 18/16729, 18/17912 (A)

Antrag der AfD-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

55. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunftslärmschutzwände für Bayern
Drs. 18/16811, 18/18106 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

56. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Präventions- und Versorgungsangebote für körperliche Gesundheitsfolgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche sicherstellen!
Drs. 18/16826, 18/18158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

57. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
Regionalen Honig fördern – Kennzeichnung von Honig klarer gestalten!
Drs. 18/16827, 18/18160 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☒	☐

58. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Kirchenasyl beenden I
Drs. 18/16830, 18/17949 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

59. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Kirchenasyl beenden II
Drs. 18/16831, 18/17950 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

60. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Kirchenasyl beenden III
Drs. 18/16832, 18/17951 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

61. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Bürgerinnen und Bürger bei Windkraftausbau unterstützen!
Beschleunigung von Genehmigungsverfahren prüfen!
Drs. 18/16839, 18/18183 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

62. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures u.a. SPD
Klare Definition der Fraktion in den Kommunalparlamenten
Drs. 18/16841, 18/18068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

63. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Wolfgang Fackler, Petra Guttenberger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schaffung eines Anreizes zur Fahrradnutzung für die Beschäftigten des Freistaates Bayern
Drs. 18/16864, 18/18166 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☐

64. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Negative lokalklimatische Effekte von Windenergieanlagen quantifizieren!
Drs. 18/16870, 18/18109 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

65. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Keine halben Sachen – Förderung nach Corona muss an den Schulen kooperativ, mit hoher Qualität und kontinuierlich aufgesetzt werden
Drs. 18/16871, 18/18179 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

66. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Kinderrechte stärken – Kinderrechtesschule in Bayern
Drs. 18/16872, 18/18180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

67. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Christian Flisek u.a. SPD
Sonderimpfkampagne für Schülerinnen und Schüler
Drs. 18/16891, 18/18159 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

68. Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Analyse und Bericht zur Blackout-Vorsorge mit Wasserkraftanlagen für Notstromversorgung und Inselnetzbetrieb auf kommunaler Ebene
Drs. 18/16893, 18/18181 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

69. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Regenwasser statt Trinkwasser zur Fäkalienbeseitigung
Drs. 18/16920, 18/18110 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

70. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Förderung der Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene durch die Stärkung von Jugendparlamenten und Jugendbeauftragten im bayerischen Kommunalrecht
Drs. 18/16938, 18/18075 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒ ENTH	☐	☐	☐	☐

71. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Doris Rauscher, Martina Fehlner u.a. SPD
Hagelschäden in Bayern – unbürokratische Unterstützung für Landwirtinnen und Landwirte
Drs. 18/16939, 18/18144 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

76. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Weil die Ressource „Boden“ unermesslich wertvoll ist – gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik in die Bayerische Verfassung!
Drs. 18/17071, 18/18096 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

77. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl u.a. SPD
Bestandsaufnahme der Aufgaben und Ziele der staatlichen Flächen- und Wohnungsbauakteure
Drs. 18/17075, 18/18097 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

78. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u.a. SPD
Mietwucher des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration bei Unterkunftsgebühren für Geflüchtete – Bereicherung auf Kosten der Geflüchteten, der Kommunen und des Bundes rückgängig machen!
Drs. 18/17124, 18/17952 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☒	☒